

/// Wege aus der Krise

RUSSLAND, DIE UKRAINE UND EUROPA

KLAUS NAUMANN /// Russlands Verhalten in der Ukraine hat die Hoffnung auf eine dauerhafte Partnerschaft mit Europa als Illusion enttarnt und das in den 25 Jahren nach dem Ende des Kalten Krieges aufgebaute Vertrauen wieder zerstört. Dennoch droht kein großer, ganz Europa erfassender Krieg. Es gibt bei gutem Willen zur Kooperation und Vermeidung weiterer Konfrontationen durchaus noch Lösungsmöglichkeiten.

Die Dimension

Das Jahr 2014 war ein unruhiges Jahr. Es zeigte jedermann, wie verwundbar unsere Welt ist und wie notwendig es nach wie vor ist, Deutschland und seine Menschen zu schützen. Ebola, ISIS und Ukraine waren die Schlagworte der Krisen. Sie alle fanden und finden vor unserer Haustür statt, so auch der anhaltende Krieg im Osten der Ukraine. Ausgerechnet in dem Jahr, in dem die Welt der europäischen Urkatastrophe, des Beginns des 1. Weltkrieges vor 100 Jahren, gedachte, wurden in Europa in der Ukraine Grenzen mit Gewalt verändert. Seitdem wird in dem Land, das durch Stalins Hungerterror, den Holodomor, Anfang der 30er-Jahre Millionen Menschen verlor und dann im 2. Weltkrieg erneut gewaltige Opfer zu tragen hatte, Krieg geführt. Dennoch, die gute Nachricht für die westliche Welt gilt unverändert: Es droht kein großer, ganz Europa erfassender Krieg. Niemand ist in der

Lage, ein mit den Demokratien Nordamerikas verbündetes Europa militärisch zu besiegen. Aber die Auswirkungen von Krieg und Gewalt erfassten eben doch ganz Europa, weil die regionalen Konflikte im Norden Afrikas und in Nahost vor Europas Haustür stattfinden und weil durch die Ukraine-Krise in Europa aus der als gefestigt angesehenen Stabilität Unsicherheit wurde. Die Verantwortung für Letzteres trägt allein Russland, denn nichts, was seit 1990 geschah, kann den Rechtsbruch durch Russland rechtfertigen.

Die Entwicklung der Krise

Die Welt hatte sich daran gewöhnt, dass die große Konfrontation zwischen Ost und West, die Europa bis 1989 im Zustand ständiger, aber doch berechenbarer und damit stabiler Spannung gehalten hatte, mit dem Ende der deutschen Teilung und der Überwindung der Spaltung Europas dauerhaft überwunden war. Alle



Quelle: Alexander KHUDOTEP/WAFP/Getty Images

Pro-russische Militärs besetzen Ende Juli 2014 die ostukrainische Stadt Donetsk. Verteidigungsfall oder aggressiver Angriff? Zu Russlands Vorgehen auf der Krim seit dem Sommer 2014 gibt es unterschiedliche Sichtweisen und Interpretationen.

Überlegungen zur Sicherheit Europas beruhten seit 1990 auf der Idee einer ganz Europa einschließlich Russlands und der post-sowjetischen Nachfolgestaaten umfassenden Partnerschaft. Die Vorstellung der Vereinbarung von Paris von 1990, unterschrieben von allen OSZE-Staaten, also auch von Russland und den USA, war, dass alle Konflikte in Europa friedlich gelöst werden könnten, keine Grenzen in Europa mit Gewalt verändert würden und es in einem Europa ohne trennende Einflusszonen jedem Staat freistehen sollte, welchem Bündnis er angehören wolle. Damit war schon 1990 klar, dass Organisationen wie die NATO neuen Mitgliedern offen stehen könnten. Da-

ran dachte damals allerdings niemand, denn die Sowjetunion und der Warschauer Pakt bestanden ja noch. Alle Behauptungen, der Sowjetunion sei im Zuge der Vereinigung Deutschlands versprochen worden, es werde keine NATO-Erweiterung geben, sind nicht wahr. Im Übrigen belegen Umfragen in Russland, dass die

Die STABILITÄT Europas wird derzeit von einer Reihe von Krisen bedroht.

Menschen dort die NATO-Erweiterung erst als Bedrohung zu empfinden begannen, als die nationalistische russische Propagandawelle des Jahres 2014 ihnen das einredete.

Die Vereinbarung von Paris überstand den Zerfall Jugoslawiens, als Milosevic in den 90er-Jahren mit Gewalt Groß-Serbien schaffen wollte. Sie hielt auch, als bereits 1991/92 frühere Warschauer-Pakt-Staaten darauf drangen, Mitglieder der NATO und der EU zu werden. Die NATO zögerte lange, suchte zuerst mit der Partnerschaft für den Frieden ab 1994 Zeit zu gewinnen und nahm erst 1999 mit Polen, Ungarn und Tschechien neue Mitglieder auf. Die 1990 in Paris vereinbarte Stabilität wurde 1994 sogar noch gefestigt, als in der Vereinbarung von Budapest Russland, die USA und Großbritannien im Gegenzug für die Abgabe ihrer Atomwaffen der Ukraine ihre territoriale Unversehrtheit und ihre Sicherheit garantierten.

Im Zuge der ersten NATO-Erweiterung 1999 wurde die NATO-Russland-Akte vereinbart, deren Ziel die Einbindung Russlands in alle Fragen europäischer Sicherheit war. Sie wurde sogar in der Kosovo-Krise praktisch angewandt, zerbrach aber, als Russland nicht bereit war, gemeinsam mit der NATO gegen die von niemandem geleugneten Menschenrechtsverletzungen durch das Mi-

losevic-Regime vorzugehen. Das Drängen weiterer europäischer Staaten, vor allem der baltischen, führte 2001 zur zweiten Runde der NATO-Erweiterung. Aber auch sie wurde mit einer Gegenleistung für Russland verbunden, nämlich der Neuauflage der NATO-Russland-Akte, wiederum mit dem Ziel, Russland als Partner an der Sicherheit Europas zu beteiligen. Auch diese Vereinbarung wurde angewandt und es gab durchaus erste ermutigende Ergebnisse, wenngleich ein wirklich weitreichendes Angebot der NATO zur Zusammenarbeit in der Raketenabwehr durch Russland nicht einmal beantwortet wurde. Es gab allerdings auch schon Zeichen, die auf eine Verhärtung hindeuteten. Putins Aussagen im Jahr 2004, mit denen er beanspruchte, für den Schutz von 25 Millionen Russen weltweit verantwortlich zu sein und dazu notfalls auch seine Streitkräfte einsetzen zu wollen, wurde ebenso wenig als Warnung verstanden wie seine Münchner Wut-Rede 2007, in der er für Russland Respekt als Weltmacht Nummer Zwei und Dominanz in seiner Einflusszone, der heutigen Eurasischen Union, forderte. Als etliche NATO-Staaten 2008 die sofortige Aufnahme Georgiens und der Ukraine forderten, was Russlands Pläne einer solchen Union torpediert hätte, übersah Putin wohl, dass Deutschland und Frankreich ihm Verständnis entgegenbrachten, als sie dies beim Gipfel in Bukarest 2008 verhinderten.

Seine Reaktion trug nicht zur Vertrauensbildung bei und zeigte sich im Konflikt mit Georgien, als Russland Teile des georgischen Staatsgebietes mit Gewalt abtrennte. Georgien hatte sich wohl verleiten lassen, den ersten Schuss abzugeben, aber dennoch hätte der

Trotz der versuchten EINBINDUNG Russlands in die Sicherheit Europas sorgte Putins Verhalten für Spannungen.

Westen Russland schon damals deutlich sagen müssen, dass derartige Brüche bestehender Vereinbarungen für die friedliche Lösung von Konflikten nicht hinnehmbar sind. Dies geschah aber nicht. Der Westen beschwichtigte, ging zur Tagesordnung über und Russland verstand das als Botschaft, dass der Westen auch künftig zusehen werde und es verstand auch, dass kein Staat NATO-Mitglied werden würde, wenn territoriale Fragen ungelöst sind. Man konzentrierte sich darauf, die erheblichen militärischen Mängel, die bei der Operation in Georgien zutage getreten waren zu beseitigen und man begann wohl auch, eine Doktrin zur Durchführung „hybrider“ Operationen zu erarbeiten. Deren Veröffentlichung durch den russischen Generalstabschef Gerassimow erfolgte Anfang 2013, wurde aber lange Zeit im Westen einfach nicht zur Kenntnis genommen. Er beschrieb präzise, wie man eine von Außen herbeigeführte Destabilisierung eines Staates organisiert. Es war die Blaupause für das, was in der Ukraine 2014 geschah.

Diese Vorgeschichte und das Entsetzen im Kreml, als Putins Wahl zum Präsidenten für russische Verhältnisse machtvolle Demonstrationen in Russland auslöste, muss man im Kopf haben, wenn man die Ereignisse ab Ende 2013 in der Ukraine bewerten will. Die Verhandlungen der Ukraine mit der EU drohten 2013 zur Gefahr für die russischen Pläne einer Eurasischen Union zu werden. Deshalb zwang Russland Ende 2013 durch nackte Erpressung die Ukraine, das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen. Die Folge waren die Maidan-Proteste und der Sturz Janukowitschs. Aus Putins Sicht waren die „farbigen Revolutionen“ nun an den Grenzen Russlands angekom-

men und sie mussten gestoppt werden, um die Ansteckungsgefahr im Vielvölkerstaat Russland zu beseitigen. Putin sah in Kiew, dass die von ihm als dekadent verachteten, westlichen Ideen wie Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte Autokraten hinwegfegen können. Die Gefahr für sein Regime und den Vielvölkerstaat Russland wur-



Russland hat im Ukraine-Konflikt VERTRAGSWIDRIG gehandelt.

de greifbar und der Moment des sorgsam vorbereiteten Handelns in der Ukraine war gekommen. Die Entwicklung seitdem ist bekannt: Erst wurde die Krim durch russisches Militär besetzt, dessen Einsatz erst gelehrt und dann doch zugegeben wurde. Dann wurde die überwiegend von Russischstämmigen bewohnte Ost-Ukraine systematisch destabilisiert. Und als Kiew im August 2014 die Oberhand zu gewinnen schien, waren plötzlich rund 1.200 angeblich im Urlaub befindliche russische Soldaten da, eigenartigerweise mit ihren Panzern und auch im Urlaub mit Munition versorgt, um den Separatisten zu helfen. Seitdem und vermutlich bis auf Weiteres wird dieser Konflikt auf relativ kleiner Flamme am Leben gehalten – ein für Russland relativ kostengünstiger Weg, die Ukraine unter Druck zu halten und eine Chance, den Westen zu spalten, zumindest aber einen Keil zwischen die USA und ihre europäischen Verbündeten zu treiben.

Bewertung und Folgen

Russlands Plan kann nur aufgehen, wenn Deutschland der Partnerschaft mit Russland Vorrang vor dem Zusammenhalt der NATO und der Geschlossenheit der EU gibt. Es ist deshalb entscheidend für die Zukunft Europas und der atlantischen Allianz, dass man in Deutschland klar sieht und beurteilt, was in der Ukraine geschah und noch immer geschieht. Vorausgeschickt sei, dass niemand, der Frieden und Stabilität in Europa will, Russlands Sicherheit gefährden will. Aber eben deshalb darf auch niemand zulassen, dass Russland in eklatanter Weise das Völkerrecht bricht und die Rechte der Ukrainer mit Füßen tritt. Daher sei noch einmal an die wesentlichen Vertragsver-

walt einen Teil des Staatsgebietes der Ukraine erst besetzt und dann rechtswidrig annektiert. Russland hat durch sein Verhalten in der Ukraine seine Verpflichtung aus der NATO-Russland-Vereinbarung verletzt, in Konflikten friedliche Regelungen zu suchen. Es gibt in und vor der Ukraine-Krise nicht einen einzigen Verstoß der NATO oder der EU gegen Vereinbarungen mit Russland.

Russland kann daher sein Verhalten weder als Reaktion noch gar als Selbstverteidigung rechtfertigen. Russland hat als Aggressor gehandelt, hat Völkerrecht gebrochen, das Vertrauen seiner Partner in Europa und in der NATO durch eine Vielzahl von Lügen zerstört und es gefährdet Frieden und Stabilität in Europa, ohne selbst gefährdet zu sein.

Vertrauen ist die Grundlage jeder Partnerschaft. Die NATO und damit auch Europa können Sicherheit vor Russland schaffen, aber keine Stabilität in Europa erreichen. Die gibt es nur mit Russland. Vertrauen wieder herzustellen, muss deshalb der erste Schritt zur Bewältigung der Krise sein. Das aber erreicht man nicht, wenn man Rechtsbruch Rechtsbruch sein lässt. Genau das ist der Fehler, den 60 mehr oder weniger prominente Persönlichkeiten mit ihrem Aufruf im Dezember 2014 begingen, mit dem sie völlig unbegründet und zum Teil wider besseren Wissens Angst vor Krieg schüren, um ein einseitiges Einlenken Deutschlands und damit des Westens und somit eine Lockerung der Sanktionen gegen Russland zu erreichen. Sie taten das, weil sie um Russlands Schwäche wissen und fürchten, dass der Bär, der sich selbst verwundet hat, um sich schlagen könnte. Doch Schwäche zeigen hilft bei verwundeten Bären nicht und es hilft auch nicht im Verhalten gegenüber Russland.

Die Geschlossenheit Europas und der Dialog sind der WEG aus der Krise.

letzungen durch Russland erinnert: Russland hat gegen die Bestimmungen der UN-Charta verstoßen, die militärische Interventionen in anderen Staaten verbietet. Russland hat die Bestimmungen der Schlussakte von Helsinki und der auf ihr beruhenden Charta von Paris verletzt. Russland hat seine eigene Garantie der territorialen Unversehrtheit der Ukraine, die es 1994 zusammen mit den USA und Großbritannien mit dem Budapester Memorandum als Gegenzug für die Abgabe der ukrainischen Atomwaffen gegeben hat, missachtet. Russland hat widerrechtlich und unter Einsatz militärischer Ge-

Was man tun sollte, ist zu versuchen, den Bären zu verstehen, damit man ihm helfen kann.

Der Weg aus der Krise

Putins Ziel ist sicher nicht die Abwendung Russlands von Europa und die Hinwendung zu China. Dort hätte ein Russland, das außer Rohstoffen und Waffen nichts zu bieten hat, nur wenig Einfluss und selbst den hätte es erst mittelfristig, wenn es die Gasleitungen zu enormen Kosten gebaut hätte. Russland hat nicht mit der Geschlossenheit Europas gerechnet und genau deshalb ist die nun zu erhalten. Sie ist der Schlüssel zur Lösung, denn Russland braucht Europa kurzfristig als Abnehmer von Gas und Öl, mehr aber noch braucht es Europa mittel- und langfristig, um endlich seine Industrie zu modernisieren. Russland braucht Europa weit mehr als Europa Russland braucht. Putin will sicher Zusammenarbeit, aber eben auch der Abschottung wegen eine Puffer- und Einflusszone. Er traut dem Westen nicht und er fürchtet dessen liberale Ideen. Die will er mit der Eurasischen Union, erreichen. Dazu muss er territoriale Fragen in Moldawien und Georgien so wie in der Ukraine offen halten, denn damit verhindert er die Aufnahme in die NATO. Aber in der Ukraine will er mehr. Er will Einfluss in Kiew, denn ohne die Ukraine ist seine Eurasische Union lückenhaft. Doch die Ukraine hat er mit seinen Aktionen des Jahres 2014 nach Westen getrieben. Sie zurück zu gewinnen, ist nahezu hoffnungslos, vorausgesetzt Europa bleibt geschlossen und hilft gemeinsam mit Nordamerika der Ukraine, gesund zu werden. Die muss allerdings die Voraussetzungen für solche Hilfe schaffen, indem sie endlich gegen Korruption energisch vorgeht.

Russland ist wirtschaftlich schwach, es hat eine Gesellschaftsordnung, die für niemanden attraktiv ist, es ersetzt zunehmend Recht durch autokratische Herrschaft und es ergeht sich im dumpfen Nationalismus des 19. Jahrhunderts. Russland ist auch militärisch keine Bedrohung für den Westen, jedenfalls nicht, wenn dieser stark und geschlossen handelt und Putin die Grenzen seines Handelns aufzeigt. Niemand bedroht dieses Russland und niemand will ein im Inneren instabiles Russland. Die NATO hat stets erklärt, keine ihrer Waffen jemals als Erste einzusetzen, sondern stets nur in Abwehr eines Angriffs. Ihre Mitglieder sehen die in Europa bestehenden Grenzen als unverletzlich an und sie alle wollen die Zusammenarbeit mit Russland. Doch Russland ist gefangen im alten Denken einer Kontinentalmacht. Die Präsenz der Seemacht USA und des maritimen Bündnisses NATO auf den Weltmeeren empfindet Russland als bedrohliche Einkreisung. Man glaubt wohl in Moskau noch immer, dass man dieser „Gefahr“ nur begegnen könne, wenn man vor und um sich einen schützenden „Cordon sanitaire“ von Pufferstaaten hat und man militärische konventionelle Unterlegenheit durch eine Kombination „hybrider“ Operationen mit dem frühzeitigen Einsatz von Atomwaffen ausgleicht.

Dies alles sind Zeichen von Schwäche, geboren aus tiefem Misstrauen gegenüber einem Westen, den man nicht versteht und von dem man glaubt, er wolle wie Russland dominieren und seine Einflusszone immer weiter ausdehnen. Dieses Dilemma gilt es, durch Dialog aufzulösen, durch einen politisch eingeleiteten, aber anfänglich von den Militärs zu führenden Dialog, dessen Ziel erneute Vertrauensbildung ist. Ein

solcher Dialog kann aber nur auf der Grundlage eines zumindest in den Eckpunkten gemeinsamen Rechtsverständnisses erfolgen. Das verlangt auch im Westen von denen, die Russland entgegenkommen wollen, die Rückkehr zu einigen, nicht verhandelbaren Prinzipien. Wer den Bruch des Völkerrechts und den rechtswidrigen Einsatz militärischer Gewalt durch Russland mit „russischer Gestaltungsmacht“ erklärt und mit friedlichen und transparent erfolgten Entscheidungen freier Nationen gleichsetzt, offenbart eine Auffassung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die bei Polen und Balten ungute Erinnerungen an das Molotow-Ribbentrop-Abkommen von 1939 wecken dürfte. Menschen, denen die Kraft des Rechts mehr bedeutet als das Recht des Stärkeren, dürfen nicht wegschauen, wenn Unrecht geschieht. Die Rechtsbrüche Russlands sind nicht hinzunehmen, die territoriale Integrität der Ukraine darf nicht durch militärische Gewalt verändert werden und das Recht der Ukraine auf Selbstbestimmung ist zu achten.

Russland ist ein Teil Europas. Niemand will es von dort verdrängen, doch Putins Russland verdrängt sich selbst aus Europa, wenn es entgegen den Vereinbarungen von Helsinki und Paris eine eigene Einflusszone beansprucht und sie beherrschen will. Putins Russland missachtet Menschenrecht und Rechtsstaatlichkeit, also die Kernwerte Europas, und zusätzlich will es in seinem Stockwerk des „gemeinsamen europäischen Hauses“ alle Mitbewohner beherrschen. Was durch Russlands Krieg in der Ukraine in Gefahr geraten ist, ist die Hoffnung auf ein Europa, das seine Konflikte endlich friedlich regelt und Menschenrecht und Rechtsstaat-

Russland muss die KERNWERTE Europas akzeptieren und achten.

lichkeit achtet. Das war die Grundlage der friedlichen Neuordnung Europas nach dem Kalten Krieg, bekräftigt und erneut festgehalten in der Erklärung von Paris 1990, auch von Russland. Nur auf dieser Basis können dauerhafter Frieden und Stabilität in Europa gewährleistet werden. Deshalb darf eine Verletzung dieses Ordnungsmusters durch Russland nicht folgenlos bleiben und deshalb darf auch die Annexion der Krim nicht einfach geschluckt werden. Russland muss wissen: Es geht nicht um militärisches Eingreifen in der Ukraine, auch nicht um eine Rückkehr zum Kalten Krieg, sofern Russland seine Hände vom NATO-Vertragsgebiet lässt. Die rote Linie ist damit klar: Die baltischen Staaten und Polen können sich – wie alle NATO-Mitglieder – auf das Beistandsversprechen des Art. 5 des Washingtoner Vertrages verlassen. Die Politik der Kanzlerin ist deshalb wirklich alternativlos. Es ist Sicherheit vor Russland durch die Stärkung der Fähigkeit zur gemeinsamen Verteidigung des NATO-Vertragsgebietes zu schaffen und es ist Russland gleichzeitig erneut zu versichern, dass keine Waffe der NATO je gegen Russland eingesetzt werden wird, es sei denn Russland würde einen NATO-Staat angreifen.

Das könnte der Startschuss zu einem Angebot an Russland sein, in einem erneuten Dialog, aber in Sicherheit vor Russland gemeinsam mit Russland Sta-

bilität für ganz Europa zu suchen. Dazu kann die NATO erneut und einseitig ihren Verzicht auf jegliche über Selbstverteidigung hinausgehende Gewalt erklären, aber Russland muss im Gegenzug die glaubhafte Bereitschaft zeigen, zur Herrschaft des Rechts und zum Verzicht auf Gewalt zurückzukehren. Nur so kann man dem Anspruch der Ukraine auf eine friedliche Zukunft in der Gemeinschaft der Völker Europas gerecht werden und nur so kann der unbestritten notwendige Dialog und die Suche nach einer friedlichen Lösung aufgenommen werden. Nur so können die zahllosen weiteren Gefahren für die Sicherheit, die gemeinsame Sicherheit Europas und Russlands bewältigt werden. Sie alle verlangen, dass Nordamerika, Europa und Russland gemeinsam Lösungen suchen.

RUSSLAND muss von der Konfrontation zur Kooperation zurückkehren.

Schritte zur Lösung

Russland eine Lockerung oder gar Aufhebung der Sanktionen anzubieten, bevor es die Gründe beseitigt, die zu den Sanktionen geführt haben, kann nicht in Frage kommen. Nur die Geschlossenheit der NATO und der EU beeindruckt Moskau und kann dort Bereitschaft zum Nachdenken auslösen. Man kann Russland als ersten Schritt anbieten, erneut zu erklären, dass die NATO keine ihrer Waffen jemals gegen Russland einsetzen wird, es sei denn Russland würde einen NATO-Staat angreifen. Im Gegenzug müsste Russland sich verpflichten, für die vollständige und überprüfbare Umsetzung der Minsker Vereinbarungen für die Ost-Ukraine zu sorgen. Sobald Minsk hält

und dies durch die OSZE bestätigt wird, kann man die wegen der Ost-Ukraine verhängten Sanktionen aufheben.

Der nächste Schritt sollte ein Hilfs- und Wiederaufbauprogramm für die Ukraine als Ganzes sein, das zwischen der EU, den USA und Kanada sowie der Ukraine unter Beteiligung der Weltbank zu verhandeln wäre. Andere Staaten wie auch Russland könnten zur Teilnahme eingeladen werden. Die Ukraine muss allerdings ihrerseits die Voraussetzungen schaffen, damit Hilfe nicht erneut versickert. Würde Russland angesichts dieser Entschlossenheit, aus der Ukraine einen Staat zu machen, der Anziehungskraft ausstrahlt, seine grundsätzliche Bereitschaft erklären, über eine langfristige Lösung der offenen territorialen Fragen der Ukraine einschließlich der zu klärenden Ansprüche auf Off-Shore Gas- und Ölvorkommen im Schwarzen Meer und zum Status der Ukraine in Europa im OSZE-Rahmen zu verhandeln und zum Status der Ukraine in Europa im OSZE-Rahmen eine Lösung zu suchen, dann könnte man im Gegenzug die schrittweise Aufhebung der wegen der Annexion der Krim verhängten Sanktionen prüfen.

Unabhängig davon sollten die Staaten Europas prüfen und auch Schritte einleiten, ihre Energieabhängigkeit von Russland abzubauen. Auch die zur Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit auf dem NATO-Gipfel in Wales beschlossenen Maßnahmen sind ohne Abstriche umzusetzen. Europa muss in dieser Krise weiterhin geschlossen und einig handeln und sollte geschlossen darauf bestehen, dass diese Krise erst zu Ende ist, wenn Russland zu den Grundsätzen der Charta von Paris zurückgekehrt ist. Bis dahin darf es keine Aufweichung westlicher Entschlossenheit

und Geschlossenheit geben, denn nur dann wird Russland merken, dass es sich in der Ukraine mehr geschadet haben dürfte als genutzt. Das Ziel Deutschlands, Europas und der NATO sollte es sein, Russland zur Rückkehr zur Kooperation zu bringen und eine anhaltende Konfrontation zu vermeiden, die nur beiden Seiten schadet.

Die Botschaft im Frühjahr 2015 sollte daher sein: Wir wollen keinen neuen Kalten Krieg, wir halten die Hand zur Kooperation ausgestreckt, aber dazu muss Russland die glaubhafte Bereitschaft zeigen, in Verhandlungen eine Lösung zu suchen. ///



/// DR. H. C. KLAUS NAUMANN

ist General a. D. des Heeres der Bundeswehr, war von 1991 bis 1996 Generalinspekteur der Bundeswehr und hatte von 1996 bis zu seiner Pensionierung 1999 den Vorsitz des NATO-Militärausschusses, Otterfing.